

## DIPLOMATIE

## Basel ist quasi der Geburtsort des Staates Israel – aber das Verhältnis der Schweiz zu Israel war nicht immer einfach

In Basel wird das 125. Jubiläum des ersten Zionistenkongresses von 1897 gefeiert. Der Anlass gilt als Geburtsstunde des Staates Israel. Doch als dieser 1948 Realität wurde, tat sich die offizielle Schweiz zunächst schwer im Umgang mit dem neuen Staat. In der Bevölkerung hingegen wuchs schon bald die Bewunderung für Israel – zunächst bei den Linken, heute von rechts.

**Christoph Bernet**

27.08.2022, 05.00 Uhr

Merken

Drucken

Teilen

«In Basel habe ich den Judenstaat gegründet», schrieb Theodor Herzl am 3. September 1897 in sein Tagebuch. Drei Tage zuvor war der von ihm organisierte erste Zionistenkongress zu Ende gegangen.

Sein Ziel, für das jüdische Volk eine «Heimstätte» in Palästina zu schaffen, erreichte Herzl während seinen Lebzeiten nicht mehr. Er starb 1904. Doch mit seinem Wirken schuf er eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung des Staates Israel. Diese erfolgte am 14. Mai 1948.

Die offizielle Schweiz tat sich zunächst schwer im Umgang mit dem neuen Staat – möge er auch in Basel gegründet worden sein. Dies zeigen die Historiker Sacha Zala und Yves Steiner in einem Aufsatz von 2019 mit dem Titel «Die Schweizer Diplomatie auf dem Pulverfass des Nahen Ostens 1945-1975».

Beim Politischen Departement EPD, dem Vorläufer des heutigen Aussendepartements EDA, bestanden «keine ausserordentlichen Sympathien für die zionistische Bewegung», schreiben die beiden Autoren. Die in den Gründungsjahren sozialistisch anmutenden Tendenzen Israels seien beim stark antikommunistisch eingestellten EPD mit einer gewissen Skepsis beurteilt worden, da man eine Annäherung Israels an die Staaten des Ostblocks befürchtete.

In Bezug auf die künftigen Handelsbeziehungen wurde die Schaffung eines jüdischen Staats, die sich nach einem Beschluss der UNO im November 1947 abzeichnete, von der Schweiz zwar als «durchaus vorteilhaft bewertet» Doch aufgrund der chaotischen Zustände im Nahen Osten – darunter der Krieg zwischen Israel und sechs arabischen Staaten aus der Region (1948/49) – und aus Rücksichtnahme auf die «nicht unbedeutenden Handelsbeziehungen» zu den arabischen Staaten wurde die Anerkennung Israels vom Bundesrat zunächst aufgeschoben. Sie wurde erst im Frühjahr 1949 vollzogen, als andere europäische Staaten diesen Schritt bereits getan hatten – und mit einer «taktisch zurückhaltenden Informationspolitik», wie Zala und Steiner schreiben.

### Ein streng bewachtes historisches Jubiläum

1200 Gäste kommen auf Einladung der World Zionist Organization (WZO) am Sonntag und Montag nach Basel. Am Montagabend findet im Stadtcasino ein Galadiner statt, dem auch Israels Staatspräsident Isaac Herzog beiwohnt. An diesem Ort hatte genau 125 Jahre zuvor auf Einladung von Theodor Herzl der erste Zionistenkongress stattgefunden, der im Nachhinein als Ereignis von erheblicher welthistorischer Bedeutung betrachtet wird. Die noch junge zionistische Bewegung verabschiedete damals das Basler Programm, welches «die Schaffung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina» zum Ziel hatte. Der Kanton Basel-Stadt hat für das Sicherheitsdispositiv 5,5 Millionen Franken budgetiert. 700 Armeeinghörigen unterstützen die lokalen Behörden. Es kommt zu Einschränkungen in der Luftraumnutzung und Strassensperrungen.

In der Schweizer Bevölkerung hingegen genoss der junge Staat jedoch schon bald viel Sympathie. «Während den 1950er Jahren und dann verstärkt in den 1960er Jahren baute sich in der Schweizer Bevölkerung eine regelrechte Israeleuphorie auf, die mit dem Sechstagekrieg 1967 ihren Höhepunkt erreichte», sagt die Historikerin Christina Späti von der Universität Freiburg und der Fernuni Schweiz. Zunächst innerhalb der Linken, wo man die in der Praxis verwirklichten sozialistischen Ideen der Kibutz-Bewegung bewunderte.

Parteiübergreifend sah man Parallelen zwischen Israel als militärisch bedrohtem Kleinstaat und der Situation der Schweiz im zweiten Weltkrieg. In bürgerlichen Kreisen habe die Schlagkraft der israelischen Armee, die wie in der Schweiz aus Milizsoldaten bestand, viele Bewunderer gehabt, so Späti. Mit der immer eindeutiger werdenden Positionierung Israels im westlichen Lager und der Hinwendung vieler arabischer Länder zu Moskau wurde auch die Israel-Skepsis der Schweizer Diplomatie geringer.

### Wenn sich die Wut auf Juden gegen Israel richtet

Im Laufe der 1970er Jahre rückte, auch aufgrund der Flugzeugentführungen und Terroranschlägen in der Schweiz durch militante Palästinenserorganisationen, das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge stärker ins öffentliche Bewusstsein. Zusätzlich zeigte die Ölkrise von 1973 auf, dass der Nahostkonflikt auch hierzulande ökonomische Konsequenzen haben kann: «Es ging ans Eingemachte und die Einsicht wuchs, dass man mit den arabischen Staaten ein Einvernehmen finden musste», sagt Professorin Späti Die unter den Augen der israelischen Armee begangenen Massaker im Libanonkrieg 1982 sorgte für ein endgültiges Ende der einstigen Israel-Euphorie in weiten Teilen der Linken.

Die Debatte um die nachrichtenlosen Konten in den 1990er Jahren hingegen sorgte in bürgerlich-konservativen Kreisen für Unmut gegenüber Israel – obwohl sich der Staat in der Diskussion weitgehend zurückhielt. Doch in ihrem Zorn über die von jüdischen Organisationen erhobenen Forderungen nach einer Aufarbeitung der Rolle der Schweizer Banken im zweiten Weltkrieg und einer Rückerstattung der Vermögen «hat ein Teil der Öffentlichkeit, vor allem in konservativen Kreisen, die Juden mit dem Staat Israel gleichgesetzt», erklärt Historikerin Christina Späti. Das habe man etwa in zahlreichen Leserbriefen aus bürgerlichen Kreisen feststellen können.

Heute sieht das wieder anders aus: Die Parlamentarische Gruppe Schweiz-Israel wird von bürgerlichen Politikern dominiert. Das habe verschiedene Gründe: «Israel hat sich in den letzten Jahren politisch nach rechts bewegt. In ganz Europa bewundern rechtsbürgerliche bis rechtspopulistische Parteien Israel für seine Wehrbereitschaft und solidarisieren sich aufgrund des vermeintlich gemeinsamen Feindes, der muslimischen Welt, mit dem Staat.»

